

Kommentare und Berichte

Politik ohne Eigenschaften

Das Ergebnis des vielbeschworenen „Superwahljahrs“ 1994 ist von nachhaltiger Banalität, desgleichen der frühjährliche hessische Nachschlag. Alles bleibt, ein wenig oszillierend, wie es war. Das aber ist das Schreckliche. Diese allgemeine Angst vor Experimenten, in den Wahlergebnissen erkenntlich, beweist, trotz oder gerade wegen der Zeiten ungeheuren Bruchs, eine fragwürdige Kontinuität. Fast wie zu Adenauers Zeiten lautet die Erfolgsformel: „Keine Experimente!“ Deswegen hat man bundesdeutsch nach 1949 die Demokratie und ihre - demokratisierenden - Voraussetzungen nicht allzu sehr bemüht. Deswegen versuchte man, die Tür zur Nachkriegszeit so rasch wie möglich zuzuschlagen. 1989/90 ist dies dann vermeintlich endlich gelungen. Das Schreckliche an der Scheu, Neues zu wagen, ist die Kontinuität der Situationsverfehlung. Politik nun, durch das „Volksvotum“ erneut bestätigt, ein Palladium der Einfallslosigkeit.

Die Mitte als Magnet

Den Zyklen der rasch veränderlichen und doch so gleichbleibenden Winter- und Frühjahrsmode gemäß, ist das Wort von der „Politikverdrossenheit“ verschwunden. Die gefürchteten Republikaner haben selbst in Bayern bewiesen, daß sie nur die Schaumkrone der politischen Normalität darstellen. Nicht, daß die Entwicklung nach „rechts“ damit hinfällig ist (wobei das, was heute „rechts“ ist, längst neu zu bestimmen wäre). Vielmehr bestätigte

sich erneut: Nicht der sogenannte Rechtsextremismus, verfassungsschützerisch verfolgt, sondern die Rechtslastigkeit der gouvernementalen Mitte und all dessen, was dieser seltsame Magnet anzieht, sind das Problem.

In dieser Mitte liegt in der Tat der Hund begraben. Alle Parteien und solche, die es werden möchten oder schon vorab Politik mit Parteisicht verwechseln, drängen unverschämter denn je zur Regierungskrippe. Was muß das für eine Lust sein, voll selbstbestätigender Erfahrungen! Bundestagsvizepräsidentin zu werden etwa, aus einer Bewegung, die einstmals kühnlich auszog, den verkrusteten Parlamentarismus das Fürchten zu lehren ... Dies nur als ein eher beiläufiges, leicht vermehrbares Exempel. Skepsis war freilich von Anfang an angezeigt; wer sich ohne eigenen neuen Anspruch und nur von indezenter Selbstüberschätzung erfüllt in herrschende Formen begibt, kommt darin um - jedenfalls soweit er darauf ausgeht, die Qualität gegebener „Realpolitik“ zu verändern.

Gemach! Bevor Du nur mit anderen Vorzeichen personalistisch gezielte Pseudopolitik betreibst und Dich über Geschmack- und Gefühllosigkeit etablierter Politik, über den Lemmingsdrang zu ihr hin aufregst, halte ein! Angebracht ist, zum einen darüber nachzusinnen, was etablierte Politik und - notabene - ein Gutteil etablierter sozialwissenschaftlichen Nachdenkens über dieselbe so ärgerlich, so erschreckend macht - gerade in der Ruhe dieser politischen Äußerungen, gerade in ihrer Konstanz, gerade in ihrer exzessiven Banalität, ihren „Wonnen der Gewöhnlichkeit“. Drei Fragen sollen deshalb hier in Variatio-

nen „durchgespielt“ werden. Was macht „Politik“ gegenwärtig so schwer erträglich? Wie kommt es, daß das geradezu absurde Theater mit so viel Spaß inszeniert wird? Nachwuchsmangel an Repräsentanten scheint es nicht zu geben, so daß die Hoffnung, diese Politik vermieden werden, indem niemand sich mehr daran beteiligt, sich als trügerisch erweist — ähnlich wie im sprichwörtlichen Fall des Krieges, der auch noch nicht ausfiel, weil keiner hinging. Wie könnte das Unwahrscheinliche geschehen, etwa daß eine - im letzten Jahr typischerweise verschusselte — Verfassungsreform stattfände? Und eben nicht nur des geschriebenen Textes? Diese Glosse beschränkt sich auf wenige spitze Bemerkungen.

Politik des Als-Ob

Zum ersten: Politik heute - staatliche, etablierte, herrschende Politik, wie immer man die schmückenden Beiwörter wählen mag, inmitten liberal-demokratisch verfaßter Systeme - findet primär als schlechtes Theater statt. Nicht Wirklichkeit wird verdichtet und entsprechend vor- und nachgeahmt (Repräsentation also, Vergegenwärtigung im besten Sinne). Vielmehr geschieht mimisches Handeln in entleerter Wirklichkeit. Was bei gutem Theater gerade nicht der Fall ist: Die Politik des Als-Ob triumphiert.

Man sehe sich die Figur des vielgenannten „verantwortlichen Politikers“ an, der ohne Frage die meisten Vorkehrungen liberal-demokratischer Verfassungen entgegen den *arcana imperii* früherer Zeit und entgegen totalitären Herrschaftsformen der Gegenwart gelten. Die Unverantwortlichkeit dieser „verantwortungsvollen Politiker“ besteht genau darin, daß sie so tun, als ob sie verantworten könnten; als ob sie ihre formell gegebenen Kompetenzen materiell einzulösen vermöchten. Die Als-Obs jagen sich geradezu. Als ob entschieden würde; als ob

entsprechend rational die diversen Pros und Kontras abgewogen, als ob Alternativen überlegt, als ob Folgen über das Wahlkalkül hinaus bedacht würden; als ob Formen und Inhalte permanent miteinander in Beziehung gesetzt würden und das Wohl des PseudoSouveräns, des „Volkes“, im Mittelpunkt stünde.

Vor bald 30 Jahren haben amerikanische Kollegen in der seinerzeitigen Auseinandersetzung über pluralistische Demokratie darauf hingewiesen, daß viele naive Verteidiger derselben die hauptsächlichen, Struktur gewordenen Entscheidungen als unbefragte Prämisse voraussetzten. Etwa werde die Prämisse der wechselseitig unterstützenden Geltung von Kapitalismus und Freiheit nicht mehr zur Disposition gestellt; ebensowenig wie die Prämisse gegebener Ungleichheit oder die, daß die „souveränen“ Bürgerinnen und Bürger ihre „Souveränität“ im punktuellen Wahlakt leisteten und dann abdankten. Diese Beobachtung der sogenannten *non decisions* gilt nach wie vor. Vieles, was neu entschieden werden müßte, etwa formelhaft gesprochen das Verhältnis von Politik und Ökonomie, wird schon als Frage ausgeschlossen. (Oder man täuscht sich mit frischen Euphemismen à la *sustainable growth*.) Selbst dort, wo täglich in so hektischer Folge entschieden wird, daß eine „neue Unübersichtlichkeit“ die nächste überdeckt, herrscht - sieht man genauer hin - die Nichtentscheidung vor.

Blockierte Politik

Die Politik des kalkulierten Nichtrisikos dominiert. Ein verallgemeinertes Akzeptanzmanagement beherrscht die Szene. Die Fülle der Interessen, durch den weiten Hals der Parteien geschleust und je und je nachdrängend, mündet in einer blockierten Politik, in der das zu Zeiten der Großen Koalition bekannt gewordene Kanzlerverschiebesystem sich tausendfältig bis zum

letzten Hilfsreferenten der öffentlichen Bürokratie wiederholt. Die bereitliegenden brüchigen Schläuche werden stets von neuem mit dem wässerigen Wein des Tages gefüllt. Andere Formen der Politik, den drängenden Problemen angemessen, werden von allen Parteien und ihren Verwaltern weithin verweigert. Auch dort, wo sich Reformen schließlich nicht vermeiden lassen - ein Exempel dafür bietet u. a. das Pflegeversicherungsgesetz -, wird in den ausgetretenen obrigkeitstaatlich-bürokratischen Formen bismarckscher Sozialpolitik reformiert; selbst akzeptable Intentionen werden durch einen Gesetzesschutz zugedeckt, daß einem vor der sogenannten Implementierung, sprich der Verwirklichung solcher Reformgesetze, nur angst und bange werden kann.

Kurzum, der Widerspruch zwischen technologisch inszenierten, ökologisch motivierten Beschleunigungen mit unabherrschbaren gesellschaftlichen Effekten und einer politischen Sklerose sondergleichen ist das, was erschreckt. Das, was ärgert, ist die sterile Aufregtheit, mit der statische Formen der Politik durch ihre Repräsentanten pseudodynamisch verdeckt werden. Da segnet der 7er-Gipfel in rauschender Unbedarftheit die globale „Datenautobahn“ ab und werden nominalistisch Zukunftsministerien kreiern, die ihre Zukunft schon längst hinter sich und nur das zu unterstreichen haben, was ohnehin jenseits aller Pseudopolitik geschieht.

Daß dem so ist, hat weniger mit dem zu früh verkündeten Ende des Nationalstaats zu tun. Gewiß, die Probleme haben sich gerade in den entscheidenden Bereichen massiv verändert. Die hauptsächlich ökonomischen Mächte und die politischen agieren in quantitativer und qualitativer unterschiedlicher Räumlichkeit, im globalen Rahmen hier, im territorialstaatlichen dort. Daraus ergibt sich eine unvermeidliche Rangfolge, die freilich schon mit dem Tag angehoben hat, da die Eigendynamik der

Kapitalisierung Gesellschaften insgesamt bestimmte. Entsprechend gilt das „laissez faire, laissez innover“ allgemein. Die technologischen Innovationen, ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen definieren den Alltag, unbeschadet mancher Sandkörnchen, die bürgerechtliche Gruppen glücklicherweise immer noch zu streuen vermögen. Das jedoch, was an der gegebenen Politik schier verzweifeln läßt, ist die schon genannte Statik der Herrschafts- und Legitimationsmuster.

Die liberaldemokratischen Formen sind längst ausgeleiert. Sie greifen nicht mehr. Wenn bürger- und menschenrechtlich verantwortliche Politik, wenn ökologisch akzeptable Politik vertreten werden soll, ist unabdingbar, die nicht mehr durch diese oder jene kleine Reform überbrückbare Kluft zwischen den politischen Institutionen und ihren Prozeduren nüchtern zu konstatieren. Je genauer die Kluft markiert wird, desto eher besteht die Chance, daß sie nicht durch Pseudopolitik gegenwärtigen Musters schaumaktiv ausgefüllt wird.

Prämierte Gedankenlosigkeit

Freilich, wie schon Fred Hirsch in seinen „Social limits to growth“ (1978) beobachtet hat, sind positionelle Güter aller Art rar. Solange keine radikal-demokratischen Konsequenzen gezogen werden und sich also Formen und Inhalte gesellschaftlicher Anerkennung (der Chance nach) verändern, ist die allgemeine gesellschaftliche Dynamik kapitalistisch motiviert, permanent auf die fortlaufende Produktion und die Erhaltung von Ungleichheit ausgerichtet; ebenso wird die herrschende Politik die etablierten Formen politischer Pseudomacht erhalten. Darum funktioniert auch die politische Konkurrenz nicht in Richtung institutioneller Innovation, das Flügelwort unserer Zeit, sondern sie prämiert die am besten kalkulierte und entsprechend populistisch umgesetzte Gedankenlosigkeit.

Zum zweiten: Die Nashörner Ionescos warten auf Becketts Godot. Die größten Anstrengungen werden von den politischen Repräsentanten unternommen. Erschöpfung läßt sich allseits wahrnehmen (obwohl ich mich immer wieder von neuem wundere, über wieviel Zeit „verantwortliche Politiker“ verfügen und wofür sie sie glauben ausgeben zu müssen). Mehr noch als der Terror der Intimität wird medial - vom Fernsehen vor allem - der Terror der Relevanzzuweisung politikverändernd exekutiert. Präsent sein ist alles. Und je mehr solche Präsenz gefragt wird, desto weniger ist Repräsentation in dem Sinne möglich, wie sie ideell der gleichnamigen Demokratie zugrunde liegt. Daß nämlich die Repräsentanten des „Volkes“ in der Lage sein sollten, ihren demokratischen Auftrag stellvertretend für die Bevölkerung in konzentrierter und kompetenterer Weise wahrzunehmen, nämlich zu normieren, zu kontrollieren und Öffentlichkeit herzustellen. Der „Terror der Relevanz“ sorgt geradezu für die dauernde Irrelevanz unablässiger Talkshows, in denen pures Meinen und die Mimik staatsmännischer oder -fraulicher Bedeutung Trumpf sind.

Garry Wills hat jüngst den formell drittmächtigsten Mann der USA charakterisiert, den neuen Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich. In diesem Zusammenhang wird das Programm der Republikaner, aber eben nicht nur der Republikaner, qualifiziert: „All diese Programmpunkte sind vorsortiert, umfragegetestet und werden danach ausgewählt, ob sie am meisten öffentlichen Eindruck machen.“ Sie wirkten so, als ob ein Autoverkäufer sagte: „Ich habe keinen Vertrag ausgefertigt, um Ihnen einen Wagen zu verkaufen, sondern nur, um Ihnen einen Wagen zu zeigen.“ Wills stellt summarisch fest: Der „Vertrag mit Amerika“, den die Republikaner anbieten, sei ein perfektes Ensemble jederzeit auswechselbarer Elemente. „Es handelt sich um eine Strategie des

Erfolgs, nicht um ein Regierungsprogramm. Es ist ein Dokument, das aus verschiedenen Teilen heterogener Art zusammengesetzt ist. Populäre Ideen, die ohne inneren Zusammenhang in ein Arbeitsprogramm zusammengespacht worden sind ...“ („New York Review of Book“, 23. März 1995).

Diese Art der Politik ohne Eigenschaften - es sei denn, die vertretenen Konzepte erreichten, möglichst vorge-testet, eine hohe „Einschaltquote“, sprich: eigneten sich für Wahlwerbung -, sorgt für die Entwicklung von Politik als Eliminierung substantieller Verbindlichkeiten. Die Konsequenzen eines verallgemeinerten *getting smart* für die Personen, die Politik als ihren Beruf wählen, sind geradezu niederschmetternd. Wer die Entscheidung trifft (oder von der Entscheidung getroffen wird), Berufspolitiker zu werden, kann, abgesehen von verschwindend geringen Ausnahmen, den aufhaltsamen Aufstieg nur dann überstehen, wenn er oder sie das rationalisierungsgewitzte Ballast-Abwerfen und nochmal Ballast-Abwerfen versteht. Die Entwirklichung der Politik hat in der Depersonalisierung der Individuen, die sie auf Dauer gewählt haben, einen hohen Preis. Über die Kosten politisch-persönlichen Substanzverlusts kann in der Bundesrepublik die äußerliche Funktionsfähigkeit der gegebenen Institutionen nur bei oberflächlicher Draufsicht hinwegtäuschen. Diese Funktionsfähigkeit hat, verglichen mit der korruptiven Penetranz italienischer Politik, ihre Vorzüge. Sie besitzt jedoch den Nachteil, daß sie den Trugschluß nahelegt, im Prinzip sei alles recht bestellt, und es bedürfe nur dieser oder jener anderen Person oder Partei, damit alles mehr oder minder im Lot bleibe.

Grotesk ist es gerade in dieser Situation bürokratischer Sklerosen, steriler Aufgeregtheiten, institutionalisierter Disproportionen und einer dynamischen Produktion politisch nicht angemessen beantworteter Probleme,

wenn Sozialwissenschaftler so tun, als ob sie Politik neu entdeckt hätten (oder andere für sie die Politik neu entdeckten), im Sinne einer Allpolitisierung und ihrer jeweils individuell ergreifbaren Möglichkeiten. Diese (u. a.) Beck-sche Individualisierung politischer Handlungsmöglichkeiten paßt freilich genau in die Zeit einer Politik, die ihr soziales Fundament nahezu restlos verloren hat. Um so mehr dirigieren „Sachzwänge“ aller Art und rauben jede Vorstellung beantwortbarer Zukunft.

Zum dritten: „Gegengifte“ sind nicht anzunehmen. Sie wirken - erneut von Beck u. a. unterstellt - als gegenanalytisches Placebo. Die institutionelle Frage, genauer: die institutionellen Fragen stellen zweifellos das zukunftsentscheidende Problem dar. Die überkommenen Formen liberaldemokratischer Verfassung sind selbstverständlich nicht ersatzlos wegzulassen. Einzusehen ist jedoch, daß sie die notwendigen Minima demokratisch-menschenrechtlicher Politik schlechterdings nicht mehr zu gewährleisten vermögen. Angesichts der weltweit aufgetürmten Probleme, die auch die besten Vorstellungen nicht zu verkleinern vermögen, lautet die erste Devise: Gegengewichte schaffen. Und die ihr folgende besagt: Das, was an neuer Politik notwendig ist, wird nur dann möglich, wenn man nicht das

„Volk“, sondern die Bevölkerung, d. h. die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, ernster nimmt, sie informiert und beteiligt, um mit ihnen eine lösungsorientierte Politik zu betreiben.

Solange Politik nur als sanktionsmächtige Hilfskraft der dauernd beschleunigten ökonomischen Dynamik fungiert, wird sie nicht auf die Beine kommen und der in ihrem Namen bezeichneten Aufgabe gerecht werden. Deswegen ist ein Repolitierungsprozeß in dem Sinne vonnöten, daß Bürgerinnen und Bürger als *zoa politica* wiederentdeckt werden und sich die größte Ressource der Politik, ihre allgemeine Legitimation nämlich, endlich wieder eigenständig nutzen läßt. Heute wird politische Legitimation populistisch weggeworfen. Entsprechend taugt solche Politik nur dazu, das zu unterschreiben, was ohnehin geschieht, bzw. den Sachzwängen ökonomisch-technologischer Art notfalls repressiv Gassen zu öffnen und Akzeptanzen zu schaffen. Wie eine neue Politik bürgerlicher Phantasie und Entschleunigung institutionell aussähe, steht nicht auf dem Blatt dieser Glosse. Hier bleibt nur zu resümieren: Die gegenwärtige Politik erweist sich ob ihrer substantiellen „Leichtigkeit“, entstanden aus institutioneller Sklerose, als unerträglich.

Wolf-Dieter Narr

Die neuen Einbanddecken sind da

Einbanddecken für den Jahrgang 1994 der „Blätter“ (zwei Halbbände, Heft 1-6 und 7-12) können zum Preis von DM 14,- zzgl. Versandkosten beim Verlag bestellt werden. Der „Blätter“-Jahrgang 1994 ist ebenfalls fertig gebunden zum Komplettpreis von DM 150,- (für Abonnenten DM 90,-) zzgl. Versandkosten erhältlich.

Einbanddecken für frühere Jahrgänge und komplette Bände sind z. T. noch lieferbar. Der Verlag erteilt auf Anfrage Auskunft.

Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 28 31, 53018 Bonn,
Telefon (02 28) 65 0133, Fax (02 28) 65 02 51.